

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeitser und Arbeitserinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksfabrik

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal M.R. 2

Exz. erscheint jeden Donnerstag 12x20  
Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr

Abonnementspreis pro dreigepacktes Heftzelle 50 Pf., für die Zäpfchen 30 Pf.

## Für den Achtstundentag.

Unauslöschlich arbeiten in Söhnen, als die frigie Besitzenschaft und Sklaverei; und dennoch müssen es die Arbeiter aller Länder.  
(Thomas Rose, Dichter unter Heinrich VIII. von England 1500-1542.)

Seit Bestehen der modernen Arbeiterbewegung ist die Verkürzung der Arbeitszeit ein stetes Kampfobjekt gewesen den freien Gemeinschaften und dem Unternehmertum. Wie sich die besitzenden Klassen bisher fast jedem Kulturfortschritt zugunsten der Arbeiter widersegnen, so auch in dieser berechtigten Forderung. Dem aufschriflichen Drängen der Arbeitersklasse ist es zuwiderrichten, daß wenigstens für Kinder, jugendliche Arbeiter und Frauen ein Höchstarbeitsstag festgesetzt wurde. Alle Demonstrationen zum ersten Mai und alle Bemühungen der Arbeitervertreter in den Parlamenten auf gesetzliche Festlegung der Arbeitsfrist für erwachsene männliche Arbeiter scheiterten aber noch immer an dem Eigentum der bürgerlichen Parlamentsmehrheiten. Der Krieg sollte es aber auch den Herren von Recht und Bildung endlich ermöglicht haben, daß sie der Verkürzung der Arbeitszeit, einer Forderung aus Gründen der Menschlichkeit, Erhöhung der Volksgesundheit und Volkskraft Widerstand nicht mehr entgegensetzen können. Aus praktischen Gründen verzögte die Verkürzung der Arbeitszeit selbst dem Unternehmertum zum Vorteil. Alle Einwendungen, die darauf hinauslaufen, daß durch die verkürzte Arbeitszeit Handel und Industrie dem Niedrigen entgegengeführt werden, sind nichts weiter als leere Vermutungen und nur für Personen berechnet, die zu lernen nicht gewillt sind. In einem zwar schon älteren, aber immer noch wirksamen Beispiel sei gezeigt, daß die Produktion sowie die Arbeitslöhne gerade durch Verkürzung der Arbeitszeit sich erhöhen.

In dem Jahresbericht der Brünner Handelskammer für das Jahr 1896 werden die Betriebsergebnisse der „Segen-Gottes-Gruben“ bei Rostitz in Mähren veröffentlicht. Folgende Zusammenstellung zeigt Leistung und Lohn nach Einführung der Neunstundenschicht an Stelle der Elf-einhalfstundenschicht.

	Einfachstundenschicht 1882/84	Neunstundenschicht 1886/88		
Summarische Förderung in mtc	6666459	6467452	Stundenleistung	8401685 9451000
Leistung pro Mann und Schicht	6,60	6,40	Leistung pro Mann im Jahr	6,40 7,57
Dagesverdienst des Heuers in Kreuzern	1683,70	1594,10	1892,20	2178,00

Wie ersichtlich, hat sich durch die Verkürzung der Stundenschicht die Produktion bedeutend erhöht, und auch die Arbeitslöhne sind gestiegen. Zudem sind die Betriebskosten durch Ersparnis an Licht, Heizung, sowie an Werkzeugen und Maschinen infolge deren geringeren Abnutzung niedriger und für den Unternehmer von Vorteil. Folglich gereicht die Verkürzung der Arbeitszeit dem Arbeiter und dem Unternehmer zum Vorteil. Über auch das Gemeinwesen ist an ihr stark interessiert, weil durch ausreichende Ruhe und Erholung der Arbeiter die Ausgaben der Kranken- und Invalidenversicherungskassen zurückgehen.

Doch alle Tatsachen zugunsten der Verkürzung der Arbeitszeit konnten bisher dem Unternehmertum die Erkenntnis nicht beibringen, für die Hebung des gesamten Volkswohles einzutreten. Wie in vielen Wahlurteilen ist die Arbeitersklasse auch in dieser Frage auf sich allein angewiesen; sie muß sich die noch immer vorerhaltenen Kulturgüter selbst erlängen.

Die Kriege der Verkürzung der Arbeitszeit ist eine internationale. Die moderne Gewerkschaftsbewegung aller

Bänder hat sich ihre Lösung zur Aufgabe gemacht. Sohn auf dem internationalen Arbeitersymposio zu Paris vom 14. bis 20. Juli 1889, wo man auch den Maifeierbeschluss führte, wurde beschlossen, als Grundlage für die Gesetzgebung zu fordern:

1. den achtfürstündigen Normalarbeitsstag;
2. Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren, Einschränkung der Arbeit aller Kinderjüngeren von 14 bis 18 Jahren auf sechs Stunden täglich;
3. Verbot der Nachtarbeit, mit Ausnahme für jene Betriebe, die ihrer Natur nach ununterbrochenen Betrieb erfordern;
4. Ausschluß der Frauendarbeit in allen den weiblichen Organismus schädigenden Betrieben;
5. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und für männliche Arbeiter unter 16 Jahren.

Dieser Beschlüsse zu Paris 1889 wurde 1890 in London, 1900 erstmals in Paris und 1904 in Amsterdam durch einstimmige Annahme von neuem bestätigt. In den Parlamenten waren es stets Vertreter der modernen Arbeiterbewegung, die mit fühlendem Beweismaterial die Untergründung des gesamten Volkswohles durch überlange Arbeitszeit nachwiesen und für die Verkürzung derselben eintraten.

Die freien Gewerkschaften streben die Verkürzung der Arbeitszeit und die gesetzliche Festlegung eines Höchstarbeitsstages auch für erwachsene männliche Arbeiter; sie sind die entschiedenen Befürworter des Achtstundentages. Darum werde jeder Arbeiter und jede Arbeiterin Kämpfer für den Achtstundentag und für Gleichberechtigung alles dessen, was Menschenartig trägt.

## Stimmen zum 14. ordentlichen Verbandsstag.

Nach fünfjähriger Periode, darunter mehr als  $\frac{1}{2}$  Jahre Kriegszeit, werden die Vertreter unseres Verbandes in Leipzig, also im Lande der hellen Sachsen, zusammengetreten. Sie haben Missionierung zu halten, wie der Verband bisher die Stärke des Krieges durchgeholt hat, auch Rechenschaft abzugeben über die während der Zeit vom Verbandsvorstande getroffenen, vom Statut abweichenden Maßnahmen. Und ganz besonders sollen sie Wege und Mitteln finden, wie die Organisation in der weiteren Dauer des Krieges, während der Übergangsmautzeitung und bei den darauf zu erwartenden wirtschaftlichen Kampfen die Interessen der Kollegenschaft wirkungsvoll vertreten kann.

In der Frage der Notwendigkeit eines Verbandsstages scheint zwischen Verbandsvorstand und -ausschuß Meinungsverschiedenheit zu bestehen. Während der Verbandsvorstand ohne ein Urteil des Verbandsstages die Verantwortung für verschobene vom Statut abweichende Maßnahmen auf die weitere Dauer nicht gleich tragen zu können, ist der Ausschluß der Meinung, daß keine Unzufriedenheit der Mitglieder gegen die getroffenen Maßnahmen des Verbandsvorstandes sich zeige. Das letztere ist zweifellos richtig und erklärt sich ganz von selbst; denn wer hätte bei Ausbruch des Krieges geglaubt, daß nach 3½ Jahren eines so furchtbaren Krieges die Organisation überhaupt noch wirkungsvoll oder auch mit annähernd in der jeweiligen Notizität befehlen würde? Anderseits kann aber doch keineswegs in Abrede gestellt werden, daß sehr wichtige Fragen für die Zukunft der Organisation zu erledigen sind und der Verbandsvorstand meiner Meinung nach mit Recht voraus sieht, daß gerade seitens der im Heeresdienst stehenden Mitglieder später der Vorwurf wegen Nichtbeachtung eines Verbandsstages erfolgen würde. Aber die höchste Pflicht der Organisation ist ja zur Lösung der Fragen zu berufen, die im Interesse der Organisation und damit der Gesamtorganisation notwendig sind; daher dürfte der Ausdruck des Ausschusses „Kriegerische Parade sich leisten“, sehr unpassend sein. Auch kann davon keine Rede sein, daß der sogenannte Kämpferverbandstag nicht seine Arbeiten ebenso gründlich prüfen könnte, als wenn der Verbandsstag aus der dreifachen Delegiertenzahl besteht. Meiner Meinung nach kann auch nicht von einer Entrückung der im Heeresdienst stehenden Kollegen gesprochen werden; denn weder der Verbandsvorstand noch diese Kollegen selber sind schuld, daß sie zeitlich aus der Organisation gerissen sind. Sie alle können doch nur das eine Interesse haben, zu leben, daß fortwährend der daheimgebliebenen Kollegen alles getan wird,

und zur Intelligenzierung der Organisation und zur wirtschaftlichen Wahrung auch ihrer Interessen gehört.

Reben den wichtigsten Aufgaben des Verbandsstages, die aus seiner Zusammensetzung erfüllbar sind, ist aus den bereits erwähnten Gründe herausgeleitet, daß der Verbandsvorstand allein von seinem Posten zurücktreten will. Die Gründe sind bisher nicht bekannt. Sollten die Gründe der beobachteten Entfernung auch schwerwiegender sein, so vertraue ich doch, daß der Verbandsstags Mittel und Wege finden wird, daß Kollege Wimmer als Vorsitzender für unsere Organisation noch lange Jahre erhalten bleibt. Das dürfte der Wunsch aller Mitglieder daheim wie im Heeresdienst sein.

Zu der geplanten Tendenz der Beiträge und der Unterstützungen werden die Meinungen weit auseinander gehen, was ja kein Fehler sein dürfte, wenn alle dem einen Gedanken befreit sind, das Beste zu wollen und der Wahrheit sich unterzuordnen. Die Vorlage des Verbandsvorstandes und -ausschusses hat auf der Konferenz mit den Bezirksvorständen bereits eine Aenderung erfahren, die auch den von mir gemachten Vorschlägen in einzelnen Teilen näher kommt; jedoch kann ich auch der Vorlage der Konferenz nicht voll anschließen. Was zunächst die Einführung einer besonderen Schlingersklasse betrifft, so kann ich mich damit nicht befriedigen.

Der zweitwichtigste bedeutsame agitatorische Erfolg wird auch bei dem einzuführenden Beitrag kaum eintreten; ferner dienen diese Klasse durchaus dem Zweck der Beitragsregulierung und damit der finanziellen Stärkung zu wider. Bisher zahlen die Schlinger 50,- Pf. Beitrag und erhalten Unterstützungen nach der 60,- Pf.-Klasse; es genügt natürlich die Begründung in Zukunft reichlich, wenn die Schlinger 50,- Pf. Beitrag und Unterstützungen nach der 60,- Pf.-Klasse erhalten. Man sei vorsichtig und erziehe nicht die junge Nachkommenchaft zu sehr nach den materiellen Leistungen, sondern auch nach idealen Bestrebungen der Organisation.

Im weiteren hat die Konferenzvorlage die 50,- Pf.-Beitragsklasse gänzlich fehlen lassen; ich glaube kaum, die Beitragsklasse entbehren zu können. Vielleicht erscheint mir notwendig, neben der 40,- Pf.-Klasse auch die 50,- Pf.-Klasse für weibliche Mitglieder beizubehalten zu müssen, wobei selbstverständlich ist, daß weibliche Mitglieder mit höherem Verdienst auch die 60,- Pf.-Klasse beanspruchen müssen. Dabei müssen die Verdienstgruppen eine Änderung erfahren. Während nach dem jetzigen Statut 40,- Pf. Beitrag von M. 14 bis M. 18 Wochenbeidienst gilt, steht die Vorlage 40,- Pf. bis M. 18 Verdienst, also fortw. wie für volle Rüst und Logis vorgesehen ist, vor, dann aber gleich 60,- Pf. von M. 18 bis M. 27 Verdienst; das harmonisiert nicht. Ebenfalls ein anderes Beispiel zeigt, daß eine notwendige Revision notwendig ist. Richtig nach dem jetzigen Statut mußte jedes Mitglied mit über M. 33 Wochenbeidienst M. 1 Beitrag bezahlen, in Zukunft (nach Vorlage) sollen Mitglieder mit M. 33 bis M. 35 Verdienst mit 80,- Pf. Beitrag zahlen und erst mit über M. 35 Verdienst M. 1. Das steht also nicht nach finanzieller Sichtung ans. Selbst dann nicht, wenn man den gesunkenen Geldwert in Rechnung stellt — zumal die Regelung nicht nur allein für die Zeitzeit bestimmt sein soll.

Zu den Beitragsklassen begründet die Vorlage die Notwendigkeit auch der Beitragsklasse mit M. 1,50 damit, daß eine Anzahl Mitglieder vorhanden sind, die einen Wochenbeidienst von M. 50 und darüber haben, und folglich die M. 1,50-Beitragsklasse notwendig sei, um diese Mitglieder zur Leistung eines gleichen Prozenzatzes pro M. 1 des Verdienstes heranzuziehen. Dagegen wäre nichts einzubringen, wenn nicht zu befürchten wäre, daß dadurch die Gewinnung älterer Kollegen mit höherem Verdienst sehr erschwert, vielleicht unmöglich wird. Außerdem würde doch die große Mehrheit der Kollegen mit höherem Verdienst aus der M. 1-Staffel in die M. 1,25-Staffel kommen; das würde eine Beitragssteigerung von 25 p.M. bedeuten. Wenn demgegenüber eingewendet wird, daß damit die bestbezahlten Kollegen proportional weniger leisten, als die am niedrigsten bezahlten Kollegen, so ist das ein und für sich richtig; aber man denkt auch daran, daß man die Staffelbeiträge nicht immer in den Organisationen gehabt hat und früher bei mir eine 1,- Beitragsklasse ebenfalls nicht nach diesem Prinzip allein geteilt wurde. Da war auch der ideale Gedanke maßgebend, das Zusammengesetztheitsgefühl zur Wahrung der Interessen der Kollegen. Wie früher, dürften auch gegenwärtig und in Zukunft die am höchsten bezahlten Kollegen die größten Vorteile aus dem Wirken der Organisation haben!

Zu den Unterstützungsstufen wünsche ich, daß gleiche Rechte in allen Beitragsklassen entsprechend den geleisteten Beiträge geschaffen würden, was nach der Vorlage durch

aus nicht der Fall ist. Die Mitglieder in den höheren Beitragstypen müssen die Gewissheit haben, daß sie in bezug der Unterstützungen, entsprechend ihren höheren Beiträgen, nicht im Nachteil sind; dann werden sie sich auch weniger weigern, in die höhere Beitragstypen entsprechend ihrem Verdienst einzutreten, als bisher vielfach der Fall war. Dagegen müßte aber auch die Bezugsdauer für alle Klassen gleich sein, was bei der Krankenunterstützung durchaus nicht der Fall ist. Während die ursprüngliche Vorstandsvorlage für die drei höchsten Klassen eine Bezugsdauer bis zu 90 Tagen vorstellt, sieht die jetzige Konferenzvorlage bis 180 Tage vor; das ist eine Ungerechtigkeit gegenüber den niedrigeren Beitragstypen. Auch der Einwand, daß man bisher für die A-Staffel eine Bezugsdauer bis 180 Tage hatte schafft die Rechtsungleichheit nicht aus der Welt. Die seinerzeitigen Gründe, den Verbands- und Centralkrankenfondsmitgliedern bei der absterbenden Beitzkasse einen vorläufigen Erfah zu schaffen, bestehen nicht mehr. Die Krankenunterstützung hatte eine Rendierung erfahren, und die Zahl der früheren Centralkrankenfondsmitglieder wird sehr gering sein. Es ist also normwendig, auch für Mitglieder der niederen Beitragstypen noch gleicher Mitgliedschaftsdauer gleiche Bezugsdauer zu schaffen. Man nehme mir ein Beispiel, um zu sehen, wie ungleich die ungleiche Bezugsdauer wirken würd. Ein Mitglied mit niedrigerem Verdienst ist 10 Jahre Mitglied und hat regelmäßig seinen Beitrag mit 80,- bezahlt. Er wird sterben und kann nur 60 Tage lang Unterstützung beziehen; ein anderes Mitglied mit höherem Verdienst hat 1. Beitrag bezahlt und kann nach zehnjähriger Mitgliedschaftsdauer 120 Tage lang Unterstützung beziehen. Zweifellos ist hier eine ungerechte Lüde, die bestraft werden muß.

Wenn ich bei dieser Unterstützungsart für gleiche Rechte der niedrigeren Beitragstypen eintrete, so muß ich selbstverständlich auch für gleiche Rechte der Mitglieder in den höheren Stufen bei der Umzugsumunterstützung und bei dem Sterbegeld eintreten. Bei diesen Unterstützungsarten fehlt es an festen Grundsätzen. Zum Beispiel erhält ein Mitglied in der A-Staffel nach fünfjähriger Mitgliedschaftsdauer den fünfjährigen Verdienstbeitrag als Umzugsumunterstützung während das Mitglied in der A-150-Staffel ebenfalls nach fünfjähriger Mitgliedschaftsdauer noch nicht den dreizehnjährigen Verdienstbeitrag als Umzugsumunterstützung erhalten soll. Ebenso verhält es sich mit dem Sterbegeld; während das Mitglied in der A-5-Staffel nach 2 Jahren mindestens das fünffachige und nach 10 Jahren das einundfünfzigfache Verdienstbeitragsanspruch hinterläßt, soll das Mitglied in der A-150-Staffel nur ein Viertel bis zum hundertsachen Verdienstbeitrag noch gleicher Mitgliedschaftsdauer erhalten. Angehörigen hinterlassen. Wenn der Verbandsvorstand in seiner Veränderung auf die unterschiedliche Tatfrage hinweist, daß ein Teil der Mitglieder den Bezug der Umzugsumunterstützung als die letzte Handlung im Verbande betrachtet, um ihm dann den Rücken zu kehren, so ist doch der Tod (Sterbenunterstützung) in allen Klassen gleich der letzte Abschied aus dem Verbande, so daß solche ungleiche Bezugsdauer sich nicht rechtfertigen lassen. Ich wiederhole daher meinen Vorschlag, der ich der Konferenz machte, in bezug dieser beiden Unterstützungsarten dahingehend, daß an Umzugsumunterstützung in allen Beitragstypen nach 2 Jahren Mitgliedschaft der fünfjährigfache, nach 4 Jahren Mitgliedschaft der fünfundfünfzigfache, nach 5 und mehr Jahren Mitgliedschaft der vierzigjährige Verdienstbeitrag bezahlt wird. Es ergibt dies folgende Tabelle:

Beitragstyp	Tabelle der Mitgliedschaft			
	2 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	5 Jahre
40,-	10,-	12,-	14,-	16,-
50,-	12,50	15,-	17,50	20,-
60,-	15,-	18,-	21,-	24,-
80,-	20,-	24,-	28,-	32,-
100,-	25,-	30,-	35,-	40,-
125,-	31,25	37,50	43,75	50,-

#### Sterbegeld:

Wohneinheit	Tabelle des Sterbegeldes				
	2 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	5 Jahre	6 Jahre
40,-	20,-	24,-	28,-	32,-	40,-
50,-	25,-	30,-	35,-	40,-	45,-
60,-	30,-	36,-	42,-	48,-	54,-
80,-	40,-	48,-	56,-	64,-	72,-
100,-	50,-	60,-	70,-	80,-	90,-
125,-	62,50	75,-	87,50	100,-	112,50

Die vorliegenden Tabellen zeigen, daß ohne große finanzielle Abrechnungen genügt werden kann, in allen Beitragstypen einschließlich den höchsten. Die Tabelle des Sterbegeldes zeigt noch zweijährige Mitgliedschaft als Zeitraum des umfangreichen Betrages und zeigt zudem am den höchsten Betrag bis zum einundfünfzigjährigen Beitragstypus nach 10 Jahren.

Zusätzlich zur vorliegenden Tabelle ist in § 29 kann ich nun nicht beurtheilen. Soll nun der Beitrag auf 10 Jahre belassen, so ist eine zehnjährige Mitgliedschaft notwendig, soll die zehnjährige Mitgliedschaft auf 5 Jahre herabgesetzt werden, so müßte anderer wie früher der Beitrag auf A-3 herabgesetzt werden. Nach wäre eine nähere Erläuterung darüber notwendig, ob es ein Sonderfall vorliegt. Der Verbandsvorstand will in jedem einzelnen Falle Entscheidung treten, ob der Fall der Individualität vorliegt. Das gilt einerseits, bez einem Vertrags, dieser Bezugsfürsorge zugebaut werden kann; trotzdem wäre es vielleicht noch ein Platz, die Bezugsfürsorge zu treffen, doch Individualität vorliegt, wenn das Mitglied durch Erfordernisse seines Berufes keinen Kontakt mehr zu seiner Organisation hat.

Die Arbeitssatz des Verbandsstages werden nicht leicht sein; aber wir hoffen, daß sie gut gelöst werden.

J. R. Artillerie-Regiment 25.

Es ist noch erinnerlich, wie anlässlich des letzten Verbandsstages der Antrag, der bezweckte, die Abschaffung der Nachtarbeit mit auf die Tagesordnung zu setzen, abgelehnt wurde. Es ist noch erinnerlich, daß vor verhältnismäßig kurzer Zeit Teile des Verbandsvorstandes durchaus noch nicht von der Notwendigkeit eines Verbandsstages überzeugt waren. Der Krieg hat manche Überzeugung und manche Umwertung der Dinge gebracht. Es ist zu verstehen, wenn der Verbandsvorstand einmal die Gelegenheit wahrnimmt, um sich nach den herrschenden Verhältnissen neu zu orientieren. Wenn da auf die Mitglieder im Felde hingewiesen wird, die angeblich in ihren Rechten beeinträchtigt werden, weil sie nicht zum Verbandsstag delegieren beziehungsweise delegiert werden können, so kann man das Gefühl nicht ganz unterdrücken, als wenn dieser Einwand weniger um der Überzeugung als um des erzielten Zwecks willen erhoben würde. Sollen die Kollegen dabeim Organisationsapparat erhalten, müssen sie, logischerweise, auch den ganzen Apparat benutzen können.

Wir sprechen von einer Umwertung, die sich als Resultat des Krieges zeigt. Ein alter Lehnsitz ist dem nicht unterworfen, und zwar ist es die Lehre des alten Montecuccoli, monach zum Kriegsführer drei Dinge gehören, nämlich: Geld — Geld — und nochmals Geld. Auch für unsere Kämpfe gilt das. Man kann mit wenig Propagandagebore aussehen, daß uns Kämpfe nicht erspart bleiben, daß sie zum mindesten nicht kleiner werden. Weisen Augen richten sich da nicht zunächst auf die Reise? Solche Kosten haben nun einmal einen jüngstigen Einfluss auf Stimmlistung und Ausdauer der Kämpfer. Und ist der Satz des alten Feldherrn auch keiner Umwertung unterworfen, so deuso mehr das Objekt, das nach seiner Darlegung so notwendig ist. Das Geld hat nicht mehr den Wert, den es vor dem Kriege hatte. Sollen wir auch nur auf der alten Höhe stehen bleiben, so müssen die Unterstützungsätze, und damit zugleich die Beiträge, erhöht werden. So lange man prozentual berechnen kann, daß Beitrag und Leistung in ungefähr denselben Verhältnis steigen, kann man, sofern sich sonst die Notwendigkeit erweist, gegen die Schöpfung nichts einzwenden haben. Die unteren Stufen müssen etwas gelindert angezogen werden, um überhaupt die hier in Frage kommenden erst einmal an die Organisation zu fassen.

Ein weiteres Mittel, unsere Einnahmen zu verbessern, könnte man dadurch schaffen, daß man den Ausschlußparagraphen etwas weniger schroff anwende. Wir sind erst auf dem Wege zur proletarischen Weltanschauung. Vorläufig können wir die Menschen nicht danach beurteilen, wie wir sie haben möchten, sondern wie sie die Verhältnisse im kapitalistischen Zeitalter geschaffen haben. Haben sie gegen die geltenden Rechtsbegriffe gekämpft, ist es Sach der staatlichen Institutionen, dies zu ahnden. Es steht uns wenig an, päpstlicher als der Papst zu sein und nochmals den Stab über die Gefrauheiten zu brechen, vielleicht mit dem satten Behagen: „Ich danke Dir, Gott, daß ich nicht bin wie andere Menschen usw.“ Entweder die Lehre des historischen Materialismus ist richtig, wir betrachten sie als Opfer der Gesellschaft und der Verhältnisse — oder wir bejahren die Schuld des Individuums und verurteilen damit die Richtigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung. Zum Ausführ haben wir nur dann ein Recht, wenn wirklich die Interessen der Organisation berührt und geschützt werden. Sonst könnte man ruhig das nationalökonomische Gejze Kaiser Augustus, non olet, etwas mehr gelten lassen.

Dann noch ein Punkt, von dem man eigentlich hätte annehmen sollen, daß er die Gemüter etwas mehr befriedigt hätte: Der Rücktritt unseres Verbandsvorstandes. Gewiß, es handelt sich nur um eine Person; aber es sind doch gewisse Unzufriedenheiten, die die Sache wichtiger erscheinen lassen. Kollege Allmann ist lange genug Gewerkschafter, um zu wissen, daß es nie gut ist, die Pferde zu wechseln, wenn man durch einen Strom fährt. Kollege Allmann steht uns aber doch zu hoch, als daß man annehmen könnte, winzender materieller Vorteil habe ihn veranlaßt, sich über diese Bedenken hinweg zu setzen. Um Meinigkeiten wechselt man in dem Lebensalter seine Zielstellung aber auch nicht. Man sieht eben in dem Rücktritt nur die Wirkung, die Urache ist uns noch verschleiert. Dies hindert uns natürlich nicht, desto gespannter auf die Entwicklung zu sein. Wünschen könnte man dann nur, daß die Delegierten etwas von dem Hauch der goldenen Rückenlosigkeit, der hier dranzen steht, berüspten möchten, um den Dichterphilosophen riesige Lügen zu stricken, der da glaubt, deutsch und deutlich reden wäre zweckfrei. Sagt es allen: Arbeit alles steht uns die Einheit der Organisation.“

C. Eggerstedt, zurzeit im Felde.

Wohl kein Mensch glaubte im August 1914, daß das Kölnermorden solange andauert. Noch ist, nach fast vierjährigem Ringen, kein Ende abzusehen; jede der beteiligten Parteifaktionen hofft, die andere besiegen beziehungsweise unterwerfen zu können. Dieser unheilbringende Zustand bedingt auch die Ungewissheit und Unsicherheit des Bürgertums und besonders wichtige Teile desselben, und betrifft auch die Gewerkschaften der Sicherheit ihres Handelns. Der Eintritt des Krieges hat sich sehr stark in den Gewerkschaften durch die Eingriffe — meistens der Beinen — bemerkbar gemacht. Leider ist unsere Gewerkschaft eine derjenigen, die recht stark in Bürgertumschaft gezeigt wurde, wie die regelmäßigen Versammlungen in unserm Organ beweisen. Dass da auf die zum Heere eingezogenen Mitglieder Rückicht genommen wird, ist begreiflich; doch aber bei der Länge des Krieges sowie bei den durch verschiedene Ursachen und auch Aufgaben, die zu lösen sind, diese Rückstände in den Hintergrund gedrangt werden, ist erstaunlich. Diese Auflösung kommt auch — ohne mich weiter einzumischen — in der Problematik Verbandsausführung und Verbandsvorstand zum Ausdruck. Das sicherlich recht harte Urteil im voraus: daß der Verbandsstieg in sachlicher Sicht zwecklos, als losspielige Partie zum Nutzen der Regierung hätte unterbleiben können, wird wohl durch die fruchtbringende Arbeit des Verbandsstages selbst erledigt werden. Und wahrhaftig, Arbeit zur Klärung der Meinungen und Entfaltung neuer Freiheit und Forderungen ist genug vorhanden! Es kommt noch hinzu eine „Neuorientierung“, um das berüchtigte Wort anzuwenden, unserer Finanzverhältnisse. Während sonst immer beständig debattiert wurde, wenn eine Erhöhung der Beiträge in Aussicht stand, ist in diesem Jahre nicht viel davon zu merken. Hat doch fast die Mehrzahl der Gewerkschaften die Beiträge wesentlich erhöht. Angesichts unserer Beiträge und auch der Unterstützungssätze kommt der Verbandsvorstand nicht umhin, hier eine Änderung vorzuschlagen. Schon die bis jetzt veröffentlichten Anträge zum Verbandsstieg betreffend Beitrags erhöhung zeigen, daß man überall die Notwendigkeit der neuen Regelung sieht. Über geringere Abänderungen läßt sich leicht eine eintrige Basis finden. Für zweckmäßig halte ich es, daß die Krankenunterstützung wesentlich verringert wird. Beachten wir immer eins: eine Gewerkschaft ist kein Unterstützungsverein, sondern eine Kampforgанизation. Wer sich neben der Pflichtkrankenfasse noch freiwillig in eine Zusatzkrankenfasse als Mitglied einschreiben läßt, hat auch im Falle der Krankheit in ungünstiger Weise die finanzielle Anspruch auf Krankengeld. Man darf annehmen, daß unsere Finanzen durch diesen Kosten nicht mehr zu stark belastet werden. Es erscheint wichtiger, andere Unterstützungsarten, besonders die Arbeitslosen-, Reise- und Streitunterstützung, wesentlich zu erhöhen. Mit dem Krieg vorüber, werden unsere Unterstützungsseinrichtungen noch stärker in Anspruch genommen werden; aber man darf auch erwarten, daß die sich im Heere befindlichen Mitglieder den Weg wieder zu uns finden. Dass wir auch da noch auf Überzeugungen gefaßt sein müssen, scheint mir am besten in Nr. 7 der Österreichischen Bäder- und Konditoreizeitung zum Ausdruck gebracht. Darin heißt es: „Die Leiden, die die Gingerüden während der militärischen Dienstleistung durchzumachen hatten, und die sie umgebenden Verhältnisse sind nicht ganz ohne Einfluß auf ihre geistige Auffassung geblieben, wobei zwei Richtungen beobachtet werden können: Ein Teil der vom Militärdienst heimkehrenden Kollegen hält einer radikalierenden Auffassung, die einer Übergrößen unserer gewerkschaftlichen Kämpfe gleichkommt, aber schließlich nicht inludabel ist, während ein anderer Teil derselben sich fast ganz apathisch der Gewerkschaftsorganisation gegenüber verhält. Diese Kollegen sind froh, den Leidern, die die Gingerüden während der Dienstleistung durchzumachen hatten, und die sie umgebenden Verhältnisse sind nicht ganz ohne Einfluß auf ihre geistige Auffassung geblieben, wobei zwei Richtungen beobachtet werden können: Ein Teil der vom Militärdienst heimkehrenden Kollegen hält einer radikalierenden Auffassung, die einer Übergrößen unserer gewerkschaftlichen Kämpfe gleichkommt, aber schließlich nicht inludabel ist, während ein anderer Teil derselben sich fast ganz apathisch der Gewerkschaftsorganisation gegenüber verhält. Diese Kollegen sind froh, den Leidern, die die Gingerüden während der Dienstleistung durchzumachen hatten, und die sie umgebenden Verhältnisse sind nicht ganz ohne Einfluß auf ihre geistige Auffassung geblieben, wobei zwei Richtungen beobachtet werden können: Ein Teil der vom Militärdienst heimkehrenden Kollegen hält einer radikalierenden Auffassung, die einer Übergrößen unserer gewerkschaftlichen Kämpfe gleichkommt, aber schließlich nicht inludabel ist, während ein anderer Teil derselben sich fast ganz apathisch der Gewerkschaftsorganisation gegenüber verhält. Diese Kollegen sind froh, den Leidern, die die Gingerüden während der Dienstleistung durchzumachen hatten, und die sie umgebenden Verhältnisse sind nicht ganz ohne Einfluß auf ihre geistige Auffassung geblieben, wobei zwei Richtungen beobachtet werden können: Ein Teil der vom Militärdienst heimkehrenden Kollegen hält einer radikalierenden Auffassung, die einer Übergrößen unserer gewerkschaftlichen Kämpfe gleichkommt, aber schließlich nicht inludabel ist, während ein anderer Teil derselben sich fast ganz apathisch der Gewerkschaftsorganisation gegenüber verhält. Diese Kollegen sind froh, den Leidern, die die Gingerüden während der Dienstleistung durchzumachen hatten, und die sie umgebenden Verhältnisse sind nicht ganz ohne Einfluß auf ihre geistige Auffassung geblieben, wobei zwei Richtungen beobachtet werden können: Ein Teil der vom Militärdienst heimkehrenden Kollegen hält einer radikalierenden Auffassung, die einer Übergrößen unserer gewerkschaftlichen Kämpfe gleichkommt, aber schließlich nicht inludabel ist, während ein anderer Teil derselben sich fast ganz apathisch der Gewerkschaftsorganisation gegenüber verhält. Diese Kollegen sind froh, den Leidern, die die Gingerüden während der Dienstleistung durchzumachen hatten, und die sie umgebenden Verhältnisse sind nicht ganz ohne Einfluß auf ihre geistige Auffassung geblieben, wobei zwei Richtungen beobachtet werden können: Ein Teil der vom Militärdienst heimkehrenden Kollegen hält einer radikalierenden Auffassung, die einer Übergrößen unserer gewerkschaftlichen Kämpfe gleichkommt, aber schließlich nicht inludabel ist, während ein anderer Teil derselben sich fast ganz apathisch der Gewerkschaftsorganisation gegenüber verhält. Diese Kollegen sind froh, den Leidern, die die Gingerüden während der Dienstleistung durchzumachen hatten, und die sie umgebenden Verhältnisse sind nicht ganz ohne Einfluß auf ihre geistige Auffassung geblieben, wobei zwei Richtungen beobachtet werden können: Ein Teil der vom Militärdienst heimkehrenden Kollegen hält einer radikalierenden Auffassung, die einer Übergrößen unserer gewerkschaftlichen Kämpfe gleichkommt, aber schließlich nicht inludabel ist, während ein anderer Teil derselben sich fast ganz apathisch der Gewerkschaftsorganisation gegenüber verhält. Diese Kollegen sind froh, den Leidern, die die Gingerüden während der Dienstleistung durchzumachen hatten, und die sie umgebenden Verhältnisse sind nicht ganz ohne Einfluß auf ihre geistige Auffassung geblieben, wobei zwei Richtungen beobachtet werden können: Ein Teil der vom Militärdienst heimkehrenden Kollegen hält einer radikalierenden Auffassung, die einer Übergrößen unserer gewerkschaftlichen Kämpfe gleichkommt, aber schließlich nicht inludabel ist, während ein anderer Teil derselben sich fast ganz apathisch der Gewerkschaftsorganisation gegenüber verhält. Diese Kollegen sind froh, den Leidern, die die Gingerüden während der Dienstleistung durchzumachen hatten, und die sie umgebenden Verhältnisse sind nicht ganz ohne Einfluß auf ihre geistige Auffassung geblieben, wobei zwei Richtungen beobachtet werden können: Ein Teil der vom Militärdienst heimkehrenden Kollegen hält einer radikalierenden Auffassung, die einer Übergrößen unserer gewerkschaftlichen Kämpfe gleichkommt, aber schließlich nicht inludabel ist, während ein anderer Teil derselben sich fast ganz apathisch der Gewerkschaftsorganisation gegenüber verhält. Diese Kollegen sind froh, den Leidern, die die Gingerüden während der Dienstleistung durchzumachen hatten, und die sie umgebenden Verhältnisse sind nicht ganz ohne Einfluß auf ihre geistige Auffassung geblieben, wobei zwei Richtungen beobachtet werden können: Ein Teil der vom Militärdienst heimkehrenden Kollegen hält einer radikalierenden Auffassung, die einer Übergrößen unserer gewerkschaftlichen Kämpfe gleichkommt, aber schließlich nicht inludabel ist, während ein anderer Teil derselben sich fast ganz apathisch der Gewerkschaftsorganisation gegenüber verhält. Diese Kollegen sind froh, den Leidern, die die Gingerüden während der Dienstleistung durchzumachen hatten, und die sie umgebenden Verhältnisse sind nicht ganz ohne Einfluß auf ihre geistige Auffassung geblieben, wobei zwei Richtungen beobachtet werden können: Ein Teil der vom Militärdienst heimkehrenden Kollegen hält einer radikalierenden Auffassung, die einer Übergrößen unserer gewerkschaftlichen Kämpfe gleichkommt, aber schließlich nicht inludabel ist, während ein anderer Teil derselben sich fast ganz apathisch der Gewerkschaftsorganisation gegenüber verhält. Diese Kollegen sind froh, den Leidern, die die Gingerüden während der Dienstleistung durchzumachen hatten, und die sie umgebenden Verhältnisse sind nicht ganz ohne Einfluß auf ihre geistige Auffassung geblieben, wobei zwei Richtungen beobachtet werden können: Ein Teil der vom Militärdienst heimkehrenden Kollegen hält einer radikalierenden Auffassung, die einer Übergrößen unserer gewerkschaftlichen Kämpfe gleichkommt, aber schließlich nicht inludabel ist, während ein anderer Teil derselben sich fast ganz apathisch der Gewerkschaftsorganisation gegenüber verhält. Diese Kollegen sind froh, den Leidern, die die Gingerüden während der Dienstleistung durchzumachen hatten, und die sie umgebenden Verhältnisse sind nicht ganz ohne Einfluß auf ihre geistige Auffassung geblieben, wobei zwei Richtungen beobachtet werden können: Ein Teil der vom Militärdienst heimkehrenden Kollegen hält einer radikalierenden Auffassung, die einer Übergrößen unserer gewerkschaftlichen Kämpfe gleichkommt, aber schließlich nicht inludabel ist, während ein anderer Teil derselben sich fast ganz apathisch der Gewerkschaftsorganisation gegenüber verhält. Diese Kollegen sind froh, den Leidern, die die Gingerüden während der Dienstleistung durchzumachen hatten, und die sie umgebenden Verhältnisse sind nicht ganz ohne Einfluß auf ihre geistige Auffassung geblieben, wobei zwei Richtungen beobachtet werden können: Ein Teil der vom Militärdienst heimkehrenden Kollegen hält einer radikalierenden Auffassung, die einer Übergrößen unserer gewerkschaftlichen Kämpfe gleichkommt, aber schließlich nicht inludabel ist, während ein anderer Teil derselben sich fast ganz apathisch der Gewerkschaftsorganisation gegenüber verhält. Diese Kollegen sind froh, den Leidern, die die Gingerüden während der Dienstleistung durchzumachen hatten, und die sie umgebenden Verhältnisse sind nicht ganz ohne Einfluß auf ihre geistige Auffassung geblieben, wobei zwei Richtungen beobachtet werden können: Ein Teil der vom Militärdienst heimkehrenden Kollegen hält einer radikalierenden Auffassung, die einer Übergrößen unserer gewerkschaftlichen Kämpfe gleichkommt, aber schließlich nicht inludabel ist, während ein anderer Teil derselben sich fast ganz apathisch der Gewerkschaftsorganisation gegenüber verhält. Diese Kollegen sind froh, den Leidern, die die Gingerüden während der Dienstleistung durchzumachen hatten, und die sie umgebenden Verhältnisse sind nicht ganz ohne Einfluß auf ihre geistige Auffassung geblieben, wobei zwei Richt

Unsere Organisation hat also Aufgaben und Pflichten, die sie aber nur erfüllen kann, wenn alle ihre Anhänger recht eifrige Förderer werden. Nicht um Kleinliches sich hinstreilen, wo um so Großes, um Wohlenschicksale drauzulassen geschriften wird. In dieser Zeit müssen Einigkeit und Geschlossenheit im Handeln oberster Grundsatz sein. Deshalb möchte ich wünschen, daß dieser Verbandstag inmitten des Mühlabdes der Nationen für uns ein Markt und Gedenkstein werde. Das dürfte sicherlich der fehllichte Wunsch aller im Kriegsdienst stehenden Kollegen sein. Ich glaube auch, von unsren in der Heimat befindlichen Kollegen erwartet zu können, daß auch sie bestrebt sind, den Verband nicht nur zu erhalten, sondern auch bei der jetzigen Tagung in Leipzig alles daran setzen, daß die Beschlüsse Widerhall im Lande, Lust und Freude zur Verbandsarbeit auslösen.

Dieser mein Wunsch dem Verbandstage.

Nunwieder die letzte, zurzeit im Vazett.

### Zum Reichstarif in den Genossenschaften.

Eine der wichtigsten Fragen, die den Verbandstag beschäftigen wird, ist die Frage der Rücksichtigung des Genossenschaftstarifs. Wohl noch zu keiner Zeit war diese Frage so schwierig zu lösen, wie gerade jetzt. Noch ist unser Blick in die Zukunft trübe. Würden wir den Tarif also jetzt kündigen, dann würden wir zu einer Zeit in Verhandlungen eintreten müssen, wo noch gar keine Gewerkschaft vorhanden ist, wie sich das zukünftige Wirtschaftsleben gestaltet. Lassen wir den Tarifvertrag aber auf zwei Jahre weiterlaufen — das wäre bis zum Jahre 1921 — so entsteht die Frage: Können wir uns auf solange zu den bestehenden Bestimmungen binden? Meiner Ansicht nach ist dies ganz unmöglich; denn der Genossenschaftstarif ist in größten Teile seiner Bestimmungen schon von allen Privatbetrieben überholt. Dann wissen wir aber auch nicht, was uns die Zeit bis zum Jahre 1921 alles noch bringen kann. Die Stellung der Genossenschaften in der Frage der Tenerungszulagen, besonders zu der jetzigen, wo man uns zumindest noch bis Ende 1918 mit den heutigen niedrigen Sätzen auszulommen, lassen recht wenig Hoffnung, von dieser Seite auch für die Zukunft ein allzu großes Entgegenkommen zu erwarten. Wir stehen also vor der recht eigentlichen Lage, bei einer Kündigung des Tarifes eventuell einen neuen zu bekommen mit recht ungünstigeren Bedingungen, und sind auf lange Jahre gebunden; oder, wir lassen ihn stillschweigend weiterlaufen und sind dann auch auf weitere zwei Jahre gebunden.

Hier kann es meines Erachtens nur eins geben, und das ist: Der Tarif muß gekündigt werden und es muß ein Provisorium auf ein Jahr abgeschlossen werden. Wir gewinnen dann ein Jahr, und im Jahre 1920 wird es schon eher möglich sein, die Verhältnisse zu überprüfen. Wollen die Genossenschaften darauf nicht eingehen, dann lasse man doch einfach einmal eine tariflose Zeit kommen. Die tariflose Zeit kann uns keine allzu großen Nachteile bringen.

Bei einem neuen Tarifabschluß muß meines Erachtens auch etwas anders verfahren werden. Den heutigen Vorschlag, daß vier Jahre nach Abschluß noch Vereine, die nicht erst in dieser Zeit eine Bäckerei eröffnet haben, kommen und den Tarif anerkennen wollen, kann es in Zukunft nicht mehr geben. Damit muß gebrochen werden. Wir wollen wohl anerkennen, daß uns die Genossenschaften viel mitgeholfen haben, in unserm Berufe einigermaßen annehmbare Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, und zwar zu einer Zeit, wo es in dieser Beziehung noch recht traurig im Gewerbe aussah. Dies kann aber kein Preisbrief für alle genossenschaftlichen Unarten sein, wie sie sich in den letzten Jahren herausgebildet haben. Wie heute mit dem Reichstarif Schindluden getrieben wird, ist ein Skandal. Naam ist der Tarif abgeschlossen, dann geht ein Feindlichen und Bieten an, so daß der Tarif in den meisten Fällen nur noch ein Beispiel dessen ist, was abgeschlossen wurde. Man betrachte sich doch das Taverspiel bei den letzten zentralen Verhandlungen über die Tenerungszulage. Für die Zukunft kann es auch hier nur eins geben: Entweder der Reichstarif wird mit dem Zentralverband abgeschlossen und ist dann in seiner Fassung für alle Genossenschaften bindend, genau wie er auch für unsere Mitglieder bindend ist, oder aber man bleibt uns mit dem Reichstarif vom Halse, und wir kämpfen unsere Lohnkämpfe mit den Genossenschaften genau so aus, wie mit allen Privatbetrieben. Für unsere Kollegen in den Genossenschaftsbäckereien könnte es auch gerade nicht schlecht sein, wenn sie wieder einmal von ihrem gewerkschaftlichen Kampfmittel Gebrauch machen müßten. Sie würden dann eher wieder einmal den Wert einer Organisation kennen lernen. Dann würden sie sich auch wieder einmal mehr um den Ausbau ihrer Organisation kümmern. Heute liegen die Verhältnisse doch so, daß, von ein paar rühmlichen Ausnahmen abgesehen, unsere Genossenschaftsbäcker die Organisation nur als Mittel zum Zweck gebrauchen. Sie befürworten alle paar Jahre ihre Lohnhöhung und sonstige Verbesserungen, und in ihrer verdamten Bedürfnislosigkeit sind sie damit reichlich zufrieden. Denjenigen Elementen unter den Konsumbäckern aber, die nach vorwärts streben und mit den bestehenden Verhältnissen nicht zufrieden sind, werden diese Leute noch knüppel zwischen die Beine. Dagegen kann mir eines helfen: Die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Genossenschaftsbäcker müssen sich in Zukunft mit den Verhältnissen in gleichartigen Privatbetrieben auf ziemlich gleicher Höhe halten. Man verstehe mich nicht falsch: Nicht mit den Kollegen in den Kleinstbetrieben, sondern mit den Kollegen in modernen Großbetrieben müssen die Genossenschaftsbäcker gleichgestellt werden.

Dann wird man auch aus den Kreisen dieser Kollegen kein Ausbau der Organisation mehr ein größeres Interesse entgegenbringen. Sie werden bestrebt sein, die Kollegen aus den Privatbetrieben ebenfalls für uns zu gewinnen. Derandrang nach den Genossenschaften wird nicht mehr so groß sein; beide Kategorien von Kollegen werden dann ein lebhaftes Interesse daran haben, für ihre Organisation zu arbeiten; es wird ein zielbewußter Ausbau

unserer Organisation stattfinden. Dadurch wird es gelingen, die Verhältnisse im Gesamtgewerbe gründlich zu reformieren. Eine Erfüllung des ganzen Gewerbes wird eintragen zum Besten aller Berufsangehörigen. Schwer ist die Arbeit, die uns noch bevorsteht, um so schöner wird aber der Erfolg sein. Hermann Gähn, Bremen.

Es darf zu vier Längen sein im Recht, besteht etwas in einem Kreisell! Nach dem Wortlaut der Vereinbarung muß jeder die M. 5 Zulage zu seinem Lohn erhalten. Ausnahmen gibt es wie bei jölichen Kollegen, die seit Neulach schon eine Zulage erhalten haben. Nun also die Kollegen in München in dieser Richtung ihre Pflicht, dann ist für eine Zeitlang ein kleiner Ausgleich gegeben, und es wird uns gegebenenfalls wieder möglich werden, etwas zu erreichen, was im Interesse der Dahinterbliebenen und unserer Feldgrauen gelegen ist.

Nach einer längeren Aussprache setzte der Kollegen stimme die Vereinbarung den Abmachungen zu. Beidermaße am Schluß der Diskussion Gähn einen Bericht von einer christlichen Versammlung in der Tagespresse besprechen und feststellen, daß, wenn es nach den christlichen Vertretern ginge, die Münchner Bäckergesellen mit M. 4 Zulage erhalten hätten, doch sie weiterhin in ihren Berichten es immer so darzustellen belieben, als wären sie allein die Urheber und Verfasser der Tenerungszulagen gewesen. Auf Grund der Tatsachen muß jedoch festgestellt werden, daß unsere Versammlung am 13. März Beschluss in der Sache fasste und daß das Schreiben der Christlichen an die Innung vom 20. März datiert. (Barus war der Verfasser: „Vielleicht war es bestellte Sache.“) Auf jeden Fall muß hervorgehoben werden, daß die Münchner Bäckergesellen nur durch die Initiative unserer Organisation zu dieser Zulage gekommen sind und die Christlichen bei der Sache nur nachhelften. Mit der Auflösung dieses finanzierten und weiterhin für den Verband zu wirken, schloß Gähn seine Ausführungen.

Nachdem dann noch die Delegiertenwahl vorgenommen und über die geteilten Anträge abgestimmt wurde, formte der Vorsteher Obermeister die Versammlung, die aus einigen Neuanträgen brachte, schließen.

Bei der Firma C. Müller (Brotfabrik) Halle a. d. S. erhielten die Beschäftigten auf ihr Vorstelligenwerden hin, den Wochenlohn um M. 5 zu erhöhen, eine Zulage von M. 3; der Lohn beträgt jetzt M. 43. Da die Firma bisher immer Entgegenkommen zeigte, so hoffen die Kollegen, in Kürze auch die M. 2 zu erhalten, die ihnen jetzt noch nicht gewährt wurden.

**Zur Brotbäckerbewegung in Dresden.** Eine öffentliche Brotbäckerversammlung nahm am 12. April Stellung zu den in Nr. 14 dieses Blattes bereits mitgeteilten Verhandlungen vor dem Kriegsamt zu Dresden. Kollege Friedrich berichtete ausführlich über die Verhandlungen und die dort getroffenen Vereinbarungen. Er empfahl zum Schluss die gemachten Zugeständnisse zur Annahme. In der Diskussion wurde angesichts der sich täglich steigernder Lebensunterhaltungszulagen auf die Unzulänglichkeit der Zugeständnisse von allen Kollegen hingewiesen, und sämtliche Anwesenden brachten ihren Unwillen darüber zum Ausdruck, daß die Zugeständnisse von den Arbeitgebern noch nicht zur Ausführung gebracht worden sind. Auch wurde darüber Klage geführt, daß der Innungsberbeitsnachweis der Dresdner Bäckerei-Leute in Brotbäckereien unter den vereinbarten Lohnsätzen vermittelte. — Nachstehende Resolution wurde einstimmig zum Beschluss erhoben:

Die Brotbäckerversammlung am 12. April im Lötl „Hans Sachs“ nimmt Kenntnis von dem Bericht der Lohnbewegung und den mit den Arbeitgebern vor dem Kriegsamt geführten Verhandlungen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die gemachten Zugeständnisse als den Verhältnissen nicht entsprechend angesehen werden können. Sie glaubt aber, in Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse den Abmachungen ihre Zustimmung geben zu müssen, da sie die Abmachungen als einen Schritt vorwärts in den Lohnverhältnissen der Dresdner Brotbäckereien betrachtet. Insbesondere bedauert die Versammlung, daß die Arbeitgeberorganisationen sich nicht zum gemeinsamen Tarifabschluß mit der Arbeitnehmerchaft und deren Organisation bereit erklärt haben.

Des weiteren beauftragte die Versammlung die Verbandsleitung, möglichst bald Schritte zu unternehmen, um eine Einschränkung der Lehrlingszahl im Gewerbe zu erreichen.

### Fabrikbranche.

Die Arbeiterschaft der Fleisch- und Rüdesabrik Max Emmerling, Zeitz, nahm in einer Betriebsversammlung am 11. April zu der eingeleiteten Lohnbewegung Stellung. Kollege Strehler erläuterte als Bezirksleiter über die stattgefundenen mündlichen und schriftlichen Verhandlungen mit den Firmeneinhabern Bericht. Nachdem er noch einmal besonders das Ergebnis der mündlichen Verhandlung besprochen hatte, sagte er vor, die Lohnbewegung vorläufig als abgeschlossen anzusehen und sie auf später zu verzögern. Wie in Nummer 47 des Verbandsantrags schon berichtet, sind nach Lage der Sache keine Aussichten vorhanden, jetzt mehr Zugeständnisse zu erzielen. Von Kollegen Et wurde der Vorschlag nach eitigen Ergänzungen unterstützt und von den Anwesenden einstimmig angenommen. Wenn auch der Erfolg auf den ersten Anhieb nicht den Erwartungen entsprochen hat, so ist doch immerhin ein besserer Verdienst durch das Eingreifen der Organisation erzielt worden. Als Erfolg ist aber ohne weiteres noch anzusehen, daß sich Beschäftigte und Firma durch die Verhandlungen nähergekommen sind und die Organisation dazu gefaßt hat, halten die Kollegen und Kolleginnen von ihrem Verband fest, dann wird aufgehoben nicht aufgehoben sein; an ihnen wird es außerdem liegen, in den zu wählenden Betriebsausschüssen auch eine wichtige Vertretung ihrer Interessen und Unterstützung zu finden. Dazu gehört, daß die letzte Kollegin und der letzte Kollege dem Verband zugeführt werden. Der gute Geist, der in den Betriebsversammlungen zum Ausdruck kam, hat bewiesen, daß das Eis in dem Emmerlingschen Betriebe gekrochen ist; es muß aber auch weiter wahrgenommen werden. Es werden dann auch größere Erfolge nicht ausbleiben, und die Herren Emmerling werden einzusehen müssen, daß es nicht nur ein paar Unzufriedene sind, die ihre Männer verlieren, sondern eine gut organisierte Arbeiterschaft.

## Verbandsnachrichten.

### Dritttag.

Vom 15. bis 20. April gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Berichte ein:

Für März: Bremen 47,84, Chemnitz 352,86, Schweinfurt 20,52, Bützow 72,25, Erfingen 28,20, Hilbersheim 14,12, Bittau 14,95, Striegau 12,40, Weismühle 9,20, Mannheim 152,96, Karlsruhe 8,20, Kaiserslautern 6,75, Dortmund 126,61, Halle a. d. S. 326,50, Straßburg 94,80, Solingen 58,45, Crefeld 42,75, Stettin 187,71, Breslau 866,56, Frankfurt a. M. 483,81, Gießen 22,25, Colmar 13,05, Kiel 206,92, Augsburg 42,90, Schmölln 14,50, Leisnig-Döbeln 38,90, Königsberg 83,90, Görlitz 168,43, Stuttgart 244,38, Jena 61,48, Meuselwitz 44,55, Brandenburg 52,15, Bayreuth 39,58, Waldenburg 40,86, Sonneberg 45,90, Braunschweig 110,35, Bad Reichenhall 14,90, Grimmaischau 81,08, Traunstein 59,70, Darmstadt 54,52.

Für April: Mainz 4,78, Chemnitz 4,75, Bremen 39,05.

Für Geschichtete der Bäcker- und Konditorenbewegung: Chemnitz M. 8.

Mit der Hauptkasse restieren für März: Harburg und Haderleben.

An die Hauptkasse für Kriegsfondsmarken gesandt: M. N. (im Gelbe) M. 2, R. H., R. u. R. Sturmbataillon 24, M. 8,06.

### Sterbetafel.

Bremen. Albert Schmidt, Bäcker, 62 Jahre alt, am 11. April.

### Kriegsverluste des Verbandes.

**Bezirk Olden. Rh.** Georg Osswald (Düsseldorf), gestorben am 22. März.

**Bezirk Dresden.** Robert Grützner, Bäcker, 41 Jahre alt, gestorben infolge Krankheit, die er sich im Felde zugezogen hat.

**Hamburg-Altona.** Ludwig Lemberger, Bäcker, 30 Jahre alt, gefallen am 22. März.

**Bezirk Herford.** Hermann Prüssner, 28 Jahre alt, gefallen am 29. März.

Ehre Ihrem Andenken!

### Lohnbewegungen und Streiks.

#### Bäcker.

**Die Lohnbewegungen in München.** Neben die Verhandlungen wegen Tenerungszulagen berichtete Gähn in einer sehr gut besuchten Versammlung am 16. April im Gewerkschaftshaus und erläuterte nochmals die Berechtigung der Forderung sowie die Gang der Verhandlungen mit der Innung am 4. April, die drei Stunden dauerten, jedoch keine Einigung brachten. Die Innung wollte vorerst keine Fixierung einer untersten Lohngrenze, noch einen bestimmten Satz als Zulage gewähren. Am Schluß jedoch gestand sie M. 4 zu, während wir auf M. 5 beharrten und gern eine Lohnfixierung gesehen hätten. Nachdem wir sowie die Innung die Zustimmung nicht geben konnten, wurden die Verhandlungen abgebrochen, um nochmals zur Situation Stellung zu nehmen.

Eine Vertrauensleuteitung am 9. April befürchtete sich mit dem Zugeständnis der Innung, beschloß aber, auf den letzten Vorschlag beizutreten zu bleiben und eventuell weitere Instanzen einzurufen. Nachdem dies der Innung am 10. April mitgeteilt und dieselbe ersucht worden war, baldmöglichst weitere Verhandlungen anzuberaumen, fanden solche am 12. April statt, die nach einer halbstündigen Dauer folgendes Resultat zeigten und den bedarfens geprägt wurde.

#### Tenerungszulage.

Auf Ersuchen der Gehilfenorganisationen, und zwar des Verbandes der Bäcker und Konditoren Deutschlands und des Centralverbandes der Nahrung- und Getränkmittelindustriearbeiter Deutschlands hat die Bäckerinnung München verhandelt, und ist nachstehende Vereinbarung mit sofortiger Wirkung getroffen worden:

Die Löhne aller Bäcker- und Konditorgehilfen sollen ab Montag, 16. April 1918, pro Woche um M. 5 erhöht werden.

Auf Lohnzulagen, die seit dem 1. Januar 1918 gegeben worden sind, dürfen die M. 5 ungerichtet werden.

Irgendwelche sonstige Regelungen sind nicht getroffen worden und bestehen nicht.

Die Durchführung des Abkommen ist Pflicht jedes Betriebes, und wird die Einhaltung im Interesse des Betriebes sicher erwarten.

München, den 12. April 1918.

Bäckerinnung München.

Josef Schäfer, Obermeister.

Damit, glaubt Gähn, könnten die Münchner Bäckerhilfen für diesmal zufrieden sein. Obwohl er weiß, daß jeder mehr gebrauchen könnte, empfahl er die Annahme der Vereinbarung. Um die Frage des Minimallohnes oder die Fixierung der untersten Lohngrenze zu lösen, schlägt er vor, sollte überdaupt kein Kollege mehr unter M. 50, 40 und 35 arbeiten. Dann müsse von jedem einzelnen Kollegen verlangt werden, daß er unbedingt darum bestrebt, die M. 5 ausbezahlt zu erhalten. Denn, wer sich nicht ge-

## Wirtschaftskrisen.

### Generalversammlung am 14. März für die Verhandlung.

Wirtschaftskrisen & Co. Die Generalversammlung am 14. März für die Verhandlung. Die Bäckerei und Konditorei-Stellungnahme des Verbandsrates. Der Bäcker einer rege Diskussion unter den Delegierten, bezüglich der Wiederaufnahme der Arbeit, begann die Versammlung mit dem Vortrag, dass alle Bäckerinnen die Wiederaufnahme mit dem Beginn der Krisenzeit, bezüglich der Wiederaufnahme der Arbeit, nicht mehr erwarten. Diejenigen erhalten in ihrer Gegenposition der Verbandsausschusss vom vorstehenden Zeitpunkt eine für die gesamte Gewerkschaftsbewegung wichtige Beurteilungserklärung. Mit Recht kann davon hingewiesen werden, dass die Gewerkschaftsbewegung unserer Zeitgenossen alle Rücksicht und Unterstützung, die für den Zusammenhalt organisatorischer Gruppen in den Bäckerberufen, mit diesem Sinn beschreibt, und sie hat auch mit dem Beschluss allen die Wiederaufnahme eines Verbandsberufes während der Kriegszeit den richtigen Weg beschritten. Die Stellung in Leipzig mehrheitlich, wie zwingend es ist, Fragen zu lösen, die bei dem Wiederanfang unseres Gewerbes hierbei bei gestellten das Verhandlungsrecht erlangt worden sind. Und diese können nicht erst dann in Angriff genommen werden, wenn der Übergang von der Kriegs- in die Friedenszeit bereits hinter uns liegt. Hoffen wir, dass der Verbandsausschuss in seiner Sitzung seinen Entschluss erlässt und der Abhaltung des Verbandsberufes in allen Bäckern dieser Tugung seine entscheidende Arbeit nicht versagt, bemüht der Organisation von in seinen Gründen keine Erfüllung erlebt, die für das Widerstand-Gesetz unseres Verbands ein nie wieder gutzutunendes Rückwärts" nach sich ziehen würde. Mit ausreichendem Bedenken steht die Bäckerei-Kommission den Kollegen Altmann von seinem Posten über den Vorsitz der Verbandsberuf an seine Stelle, eine Kraft gegen, die den von Altmann eingeschlagenen Weg weiter geht. Als Delegierter zum Verbandsausschuss für unseren Bezirk wurde Kollege Karl Späth als Nachfolger aufgestellt, der gleichfalls auf der vorbereitenden Konferenztagung die biegsamen Mitglieder im Bäckerverein bestreift. Dies weiteren wurde bestimmt, zwei freiwillige Beitragsmuster zu entnehmen, bis die neuen Beiträge in Kraft treten. Sozialfeste Feierliche und Parades gelangen einflussreich zur Ausnahme. Von eindrucksvollen Antragen zum Verbandsberuf wurde Abstand genommen. Der Vorstehende, Kollege Müller, fasste noch die Erörterung an, dass Mitglieder der Bäckerei, die zurzeit im Geschäftsfeld stehen, ebenfalls auf den Fortgang der Ablösung eines Verbandsberufes hoffen.

## Internationales.

### Die Generalversammlung des schwedischen Bäcker- und Konditorenverbandes.

Vom 11. bis 16. März tagte die Generalversammlung der schwedischen Bäcker und Konditoren in Stockholm. Anwesend waren außer dem Vorstand 70 Vertreter der verschiedenen Bezirke, sowie von Norwegen J. Nygaard von Dänemark Z. Fries, L. Andersen und J. P. Nielsen.

Aus dem Bericht, welcher dem Kongress vorlag, stehen wir hervor: Der Verband zählt jetzt 52 Zählstellen mit insgesamt 3528 Mitgliedern, von diesen waren 360 arbeitslos. Am 1. Januar 1913 hatte der Verband Kr. 7428,08 und am 1. Januar 1918 Kr. 81782,09. Seit 1912 hat der Verband keine grösseren Kämpfe geführt, nun hier und da ist momentan ein Streik ausgetragen. Die mit den Arbeitgebern 1912 geschlossenen Vereinbarungen wurden 1916 gegen Letztere bis 1920 verlängert; seitdem ist der Hauptvorstand bemüht, Krisenzulagen für die Kollegen zu schaffen und hat auch guten Erfolg gehabt.

Durch die Sozialarbeitskommission ist es dem Verband gelungen, Unterstützung für die arbeitslosen Kollegen zu bekommen, wenn es auch nicht in dem Umfang eintrat, wie es gewünscht wäre.

In der Brotpreiskommission sitzen 3 Vertreter der Kollegenschaft und ihnen ist es gelungen, durch das Verbot von Verkauf des frischen Brotes die Nacharbeit im grossen Mass zu beschränken. Eine Partei betriebs des Nacharbeitsverbotes ist im Reichstag eingefordert worden und er hat beschlossen, die Sache dem sozialen Ausschuss zur Untersuchung zu überweisen. Dieser hat eine Kommission von Sachverständigen ernannt, welche die Frage erwägen soll. Zuerst ist jedoch keine Einigkeit für das Verbot in der Kommission erreicht.

Der Verband hat sich an dem deutschen Kongress 1913 in Frankfurt a. M. und der gleichzeitig tagenden internationalen Konferenz vertreten lassen, späterhin schickte er Vertreter an die Kongresse der norwegischen und dänischen Verände und hat sich auch an den Konferenzen der skandinavischen Länder 1915 in Stockholm und 1916 in Kristiania beteiligt.

Eine Menge Anträge waren dem Kongress von den Zählstellen vorgezogen. Ansprüche mit Bezug auf die Verwaltung, die Praxis, die Unterstützung, die Baracke der Mitglieder und Ansprüche mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse im Lande; denn in Schweden hat die sozialdemokratische Partei sich in zwei Richtungen geteilt.

Über die künftige Taktik wurde eine sehr erregte Diskussion geführt; es wurde aber beschlossen, dass der schwerwiegender Punkte, betreffend die Abschaffung mit den Arbeitgebern in dem Hauptvorstand best. Der Hauptvorstand wurde durch zwei Mitglieder erweitert.

Die Untersuchungskommission wurde erhöht und infolge dieser Erhöhung wurden auch die Mitgliederbeiträge erhöht werden.

Intenzy und die politischen Verhältnisse beschlossen sich neutral zu verbleiben.

Als Geschäftsführer wurde A. Nyqvist und als Kassierer D. G. Lagergren gewählt.

Der Kongress beschloss, das Internationale treu zu bleiben.

Die 24. Versammlung des schwedischen Verbandes vom 11. bis 14. März 1917 stellt sich wie

Beiträge der Bäckerei	Kr. 177106,80
der Konditorei	211825,34
Andere Einnahmen der Verbandsberufe	4616,57
Beiträge der Gastwirte	30281,99
Andere Einnahmen der Gastwirte	1137,96
Gehaltskosten des Verbandsberufs	28848,86
des Gewerkschaftsbunds	44,92
	Kr. 74577,96

Ausgaben:	Kreuz
Reise- und sonstige Unterhaltung	28284,15
Abholter	3428,
Vorstand und Revision	1889,96
Agitation	2200,95
Bureaukosten	1284,59
Postkosten	4501,75
Hauptvorstand-Sitzungen	1130,46
Sonstige Ausgaben	128,57
Streikunterstützung	7180,00
Weihnachtsunterstützung	8780,95
	2661,26
Vermögensaufnahme	Kr. 112078,00
Kassenbestand am 1. Januar 1917	59705,98
Kassenbestand am 31. Dezember 1917	Kr. 81782,09

## Allgemeine Rundschau.

Belehrung durch Tod hat die Gewerkschaftsbewegung in den letzten Monaten und Wochen wiederum mehrere verloren müssen. Wir haben noch nachzutragen, dass am 11. März in Gladbeck i. S. der Abgeordnete für den 18. Wahlkreis Reichstagshofs, Wilhelm E. Stahl (L. S. P.), im Alter von 76 Jahren als einer der ältesten Parlamentarier des Sozialismus starb. Er hat unter dem Sozialistengesetz für seine Überzeugungstreue manche Verfolgung erlitten und verlor bereits 1881 das Mandat des Wahlkreises Brünn-Erimitschau. Von 1882 ist er Gärtner gewesen.

An den letzten Tagen — am 18. April — ist der badische Landtagsabgeordnete W. Kyel in Köln gestorben, er hat ein Alter von nur 37 Jahren erreicht. Kyel stand im Reichstag als Vertreter aus dem äussersten rechten Flügel und hielt diesen seinen Standpunkt stets durchdringend und unerschütterlich. Seine politische Karriere und seine Freundschaft auf andere Ausschreibungen verliefen. Er war von Herrn Weber, gebürtig seit 1890 den Karlsruher "Bolschewik" und war auch sonst literarisch sehr tätig.

Die Gewerkschaftsbewegung hat ebenfalls einen schweren Verlust durch den Tod des Gewerken Heinzrich Schröder, Redakteur des Organes der Kaufmänner des "Proletarier", verloren. Er starb in Hamm am 12. April infolge eines Herzinfarktes im zweihundertvierzigsten Lebensjahr. Auch er war ein Sohn des Wolfenbütteler Büros, und hat von Kind auf sein Studium selbst erworben müssen. Als Student war Schröder seit 1900 angefeindet; daneben hat er aber seinem Beruf und der Bewahrung seiner Bäckerkollegen auch große Dienste durch seine feurige Leidenschaft und Einfühlung erbracht. Von seinen Arbeiten auf dem Gebiete des Arbeitertreffens ist besonders sein Buch zu nennen: "Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie".

Endlich die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung. Der Bundesrat hat am 18. April einem Gesetzentwurf zur Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung zugestimmt. Dieser Gesetzentwurf wird nunmehr dem Reichstag zugesandt, und es unterliegt wohl seinem Zweifel, ob er im Reichstag Zustimmung finden wird. § 153 der Gewerbeordnung verbietet mit Gefangen bis zu drei Jahren, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine höhere Strafe verhängt, denjenigen, der andere durch Anwendung elektrischen Stromes, durch Drohungen, durch Überredungen oder durch Bestechungen bestimmt oder zu bestimmen versucht, um Verbrechen zum Zweck der Erziehung geringer Lohn und Arbeitsverhältnisse teilzunehmen oder ihnen folge zu leisten, aber andere durch plötzliche Witte Einfluss oder zu hindern verhindert, von solchen Personenunternehmen zu profitieren. Mit der Aufhebung dieser Bestrafung wird ein dicker Schuhstein unter sein kalbes Fleisch in der Gewicht des beständigen Erziehungsrechts gesetzt, ist ein Sammel, bem. wenn die Aufhebung endgültig erzielt geworden ist, noch manche Verachtung zu erkennen.

Das Bäckerkammergericht kommt. Gleichzeitig mit der Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung hat der Bundesrat die Einführung des Bäckerkammern beschlossen. Dieser Gesetzentwurf wird vorzüglich auch noch in breiter Ausschreibung des Reichstages zur Erledigung kommen, während er seit 1910 wiederholt die Vollabstimmung benötigt hat. Der Mai 1919 war er schon einmal bis zur zweiten Sitzung gebeten, die drifft unterblieb, weil das Gesetz an den Gewerken, der Reichsdeputierung gegenüber der Beratung identifiziert, den Gewerkschaftsvertretern die Gewerkschaftsqualität in den Bäckerkammern zu gewähren und den Bäckerarbeiten die Führung selber kommen zu primitiv.

Welche Sicht hat jetzt vom Bäckeramt angenommene Einsparung gemacht, wird sehr zu übersehen sein, wenn das Gesetz vertragt.

## Entgegengesetzte Bücher und Schriften.

Übergangswirtschaft und Textilarbeiter. Von Hermann Kastel, Redakteur des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Herausgeber im Auftrage seiner Kommunion für Übergangswirtschaft, Verlag Carl Hübsch, Berlin.

## Sozialer und ökonomischer Wohnungsbau.

Die Nummer 18 des Verbandsberichts wird mit Extra und zwischen und damit gleichzeitig die Nummer 19 erscheinen, also als 18/19 bezeichnet werden. In den Verbandsberichtsblättern erscheint dann auch keine Nummer. Durch diese Darstellung ist es möglich, wenigstens den Hauptfachlichen Teil des Verbandsberichts zwischen den Bäckern zum Verbandsbericht" ohne zu viele Mühen den Delegierten zugänglich zu machen. Die wichtigsten Verbandsstellen des Reichstages müssen sich also schon jetzt auf die Veränderung vorbereiten!

## Die Medizinika.

**Spitäler am 27. April**  
mit der 18. Wochendarbietung für 1918  
(28. April bis 4. Mai) fällig.

## Wohlfahrts- bzw. öffentliche Ausstellungen.

**Sommer, 28. April:**  
Altmann: 2 Uhr, Deutsches Haus. — Münzingen: 10 Uhr, Bubenberg, Münzingen, Petersstr. 86.  
Würtemberg: Bei Bubenberg, Münzingen, Petersstr. 86.  
Gümmerus: 2: 3 Uhr, Bleichstr. 6.

**Sommer, 5. Mai:**  
Dortmund: 2 Uhr bei Schlossmacher, Steinstraße. — Duisburg: Vorm. 10 Uhr im "Bienenhaus", Friederich-Wilhelm-Platz. — Neumünster (Saar): 2 Uhr, Wellesmeier, Steinstraße 36. — Düsseldorf: Vorm. 11 Uhr bei Müller, Rathstraße. — Zug: 2 Uhr im Dombergs Ansicht.

## Wuppertal.

**Blitzkrieg.**  
Am 31. April starb unser Mitglied, der Bäcker Albert Schmidt im Alter von 62 Jahren.  
Ehre sei seinem Andenken!  
[Kr. 330] Bäckerei Wuppertal.

[Kr. 420] Blitzkrieg.  
Am 22. März fiel im Felde im Bergischen unser langjähriges, treues Mitglied Georg Osswald.

Die Bäckerei verliert in ihm ein ehriges Mitglied für unsere gerechte Sache.  
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.  
Die Bäckerei Düsseldorf.  
Bäckerei des Allgemeinen Konsumvereins.

## Blitzkrieg.

Zum 29. März fiel unser treuer Kollege Hermann Prässner im Alter von 28 Jahren.  
Ein deuferliches Unwesen bewahrte ihm die Bäckerei Wuppertal.

**Wuppertaler Bäcker- und Konditorhilfen**  
decken ihren Bedarf am besten bei Hans Berfuss, Schuhmeister, Mengasse 2, 1. Et.

## „Sachgenauigkeit“

Bestehendes Mittel zum Streichen der Bleche und Formen Proffello. M. T. 50, vom 5. bis 1. M. 7. Sehr zu empfehlen.

**Kückling & Co., G. m. b. H.**

Leipzig, St. 5, Rossmarktstraße 8. Telefon 2290.  
Fotoladdeier  
**National Control Office**  
alle Arten gegen Bezahlung gründlich. Offeren unter J. M. 5013 am Exp. d. 21.